



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 41831 - 33

Fernschreiber 0896090

F/XII/265 - 21. November 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Sitzung des Parteivorstandes der SPD	S. 1
Dr. K. Kommer, MdB. - Paul-Henry Spaak und die NATO	S. 3
Zu Brentanos Elitzbesuch in den USA	S. 5
Bilanz von Neu-Delhi	S. 6

## A n k u n d e

1. Kommuniqué von der Sitzung des Vorstandes der SPD  
am 20.11.1957
2. Entschliessung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur internationalen Lage

### Die Parteidiskussion

G.M. Die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am Mittwoch hat der Beweis erbracht, dass kein Mitglied des Führungsgremiums dieser grössten demokratischen Partei in Deutschland auch nur im entferntesten daran denkt, am Charakter der Organisation als Mitglieder- und Massenpartei etwas zu ändern. Spekulationen dieser Art, wie sie hier und dort in der Presse angestellt wurden, dürften damit gegenstandslos geworden sein. Auch die einmütig getroffene Feststellung, dass es in der grossen deutschen Sozialdemokratie keine Mitglieder unterschiedlicher Rangordnung gibt, gehörte zu den Voraussetzungen der sachlichen Diskussion über die Frage, wie die Arbeit der Gesamtpartei noch effektiver als bisher gestaltet werden kann.

Das war auch nicht anders zu erwarten, denn alle Sozialdemokraten sind sich bewusst, dass die deutsche Sozialdemokratie ihre materielle und geistige Unabhängigkeit im nationalen und internationalen Raum nur bewahren kann, wenn sie als Organisation aus sich selbst heraus und in völliger Gleichberechtigung aller Mitglieder, sowie in einer ständigen Konfrontierung mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und aktuell-politischen Problemen ihrer Standort bestimmt.

Eine Selbstverständlichkeit ist es auch, dass aus diesem Geist heraus alle Mitglieder des Parteivorstandes sich dagegen verwahrten, in bestimmten Kategorien eingeordnet und mit Prädikaten versehen zu

werden, die den Zielen einer sachlichen und notwendigen Diskussion über Organisation und Politik der Partei nicht gerecht werden.

Ein aktiver Sozialdemokrat ist immer ein Reformler; er wird immer den besten Weg für die Verwirklichung und Propagierung der Ideen des demokratischen Sozialismus suchen und nie müde werden, für die Anerkennung seiner Auffassungen in der Partei zu kämpfen.

Es ist erfreulich, dass sich die deutsche Öffentlichkeit in zunehmender Masse für diese innere Arbeit der deutschen Sozialdemokratie interessiert. Dass hierbei gelegentlich Akzente auf Worte und Begriffe gesetzt werden, die nicht Hauptgegenstand der Diskussion sind, ist nicht verwunderlich und auch nicht ärgernisregend. Es beweist nur, wie gross die geistige Spannweite der in der Sozialdemokratie wirkenden Ideen und deren Träger ist, und wie stark das Bemühen auch der Publizistik bleibt, in der deutschen Sozialdemokratie das mitentscheidende Element in der Gestaltung unseres demokratischen Staates zu erblicken. Es beweist aber auch, dass die Sozialdemokratie lebendig ist, denn eine Institution oder Organisation, über die man nicht reden und schreiben würde, hätte ihren Platz im Bewusstsein der Öffentlichkeit verloren.

Das Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes legt dar, in welcher Richtung sich die weitere Parteidiskussion bewegen wird. Aus der Fülle der Anregungen zu organisatorischen und politischen Problemen soll zunächst ein Extrakt erarbeitet werden, der dann dem Parlament der Partei, dem Parteitag, zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt wird. Die in die hierfür erforderlichen Arbeitsausschüsse einstimmig gewählten Persönlichkeiten bürgen dafür, dass eine solide Arbeit geleistet wird.

Um das Bild abzurunden, sei erwähnt, dass die Entschliessung zur internationalen Lage das Produkt der völligen Übereinstimmung der Auffassungen der einzelnen Parteivorstandsmitglieder in der Beurteilung der Gefahren ist, die der Welt bei Fortsetzung des Wettrüstens drohen.

### Hier irrt Spaak

Von Dr. K. Mommer, MdB.

In der Zeitschrift "Europa", abgedruckt im Bulletin der Bundesregierung Nr. 221, hat P.H. Spaak einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel: "Die Aufgabe der Atlantischen Allianz". Der Initiator der bevorstehenden Gipfelkonferenz der NATO-Staaten legt darin seine Gedanken über Sinn und künftige Entwicklung der NATO auseinander.

Chruschtschow glaubt an den Sieg des Kommunismus, schreibt Spaak und will dessen Zukunft nicht durch einen 3. Weltkrieg aufs Spiel setzen. Wir sollten "keineswegs unter dem Eindruck leben, dass die Kommunisten einen 3. Weltkrieg systematisch vorbereiten". Es wird kaum bestritten werden, was Spaak schreibt, dass nämlich diese russische Friedfertigkeit erst dadurch verlässlich werde, dass der russischen Militärmacht ein angemessenes Gegengewicht im Westen gegenübersteht.

#### Nur NATO ein Gegengewicht ?

Wir können dem Generalsekretär der NATO nicht folgen, wenn er zu beweisen versucht, dass nur die NATO, und zwar nur eine militärisch, wirtschaftlich und politisch weiter entwickelte NATO, dieses Gegengewicht sein könne. In dieser These und Zielsetzung können wir nur Verneinung und Häufung drohender Gefahren sehen: Ein kräftiges Weiterdrehen der Rüstungsspirale, weitere Abstossung der Bandung-Staaten und weitere Festigung der Ost/West-Grenze in Europa, die vor allem für uns Deutsche unerträglich sein sollte.

Um seine These zu stützen, verfährt der NATO-Politiker sehr grosszügig mit der historischen Wahrheit. "Wahrscheinlich hat nie eine Allianz ihr hauptsächliches Ziel so vollkommen erreicht wie die NATO", schreibt er. "Seit 1948 wurde der sowjetische Imperialismus in Europa ..... endgültig zum Halten gebracht". Spaak ignoriert geflissentlich, wie es zu der Expansion des Kommunismus in Europa kam. Fielen Polen, Mitteldeutschland, die Tschechoslowakei, Ungarn und die anderen osteuropäischen Staaten dem Kommunismus in die Hände, weil es bis 1949 keine NATO gab? Bleiben die diesseits des Eisernen Vorhangs gelegenen Völker frei, weil 1949 die NATO entstand?

#### Historische Wahrheiten

Man sollte doch elementare historische Wahrheiten respektieren. Die Russen kamen durch Hitlers Krieg und eine nicht sehr weitsichtige Strategie der Westmächte 1945 an die zwischen den Alliierten vereinbarte Trennungslinie nach Europa. Sie hat sich bis zur Gründung der NATO und bis heute nicht nach Westen verschoben. In bemerkenswerter Weise ist sie in drei Fällen nach Osten zurückverlegt worden: In Finnland, in Österreich und in Jugoslawien. Nicht etwa durch Verdienste der NATO, im Gegenteil, durch politisches Denken und Handeln in diesen Ländern, das dem Geist der NATO genau entgegengesetzt ist.

Es ist auch nicht richtig, dass es der NATO bedürft hätte, um die Russen davon abzuhalten, mit militärischen Mitteln die Demarkationslinie in Europa zu überschreiten. Auch vor Gründung der NATO planten die Russen keinen kriegerischen Angriff auf den Westen. Daran gab es echte westliche Überlegenheit in der Atombewaffnung. Und die Russen machten z.B. bei der Blockade Berlins Politik nach dem gleichen Rezept wie John F. Dulles: Bis hart an die Grenze des Krieges, nach eigenem Willen, aber nicht darüber hinaus. Die Blockade Berlins war zwar ein nicht militärischer, aber doch ein eindeutiger Angriff der Russen auf Berlin. Er wurde ohne die NATO abgeschlagen. Denn wenn auch die Beendigung der Blockade in die Zeit nach der Unterzeichnung des NATO-Ver-

trages (4. April 1949) fällt, so war natürlich zu diesem Zeitpunkt die NATO erst ein papierener Vertrag. Erst recht die Zurückweisung des Angriffs von innen, dass die Russen sich in Griechenland schuldig machten, erfolgte, als noch niemand an die NATO dachte und in der heutigen östlichen Säule der NATO, in den deutschen Westzonen im Geiste Morgenthau noch munter dementiert wurde.

#### NATO - gleichbedeutend mit Status quo

In den geschichtlichen Tatsachen findet so die Behauptung Spaaks, dass erst die NATO den Kommunismus an weiteren Vordringen in Europa gehindert hätte. Schon vor der NATO war es möglich, die Russen vom weiteren Vordringen abzuhalten. Aber auch dieses muss man sehen: Vor und nach Entschließen der NATO war es unmöglich, die Russen daran zu hindern, den von ihnen 1945 besetzten Gebieten ihr Regime aufzuzwingen. Ausserhalb der NATO und gegen ihr Konzept konnte es dagegen gelingen, ein demokratisches Regime zu erhalten (Finnland).

NATO-Politik ist die Politik der Erhaltung des Status quo. In Spaaks Artikel über die Aufgaben der NATO gibt es nur diese Zielsetzung, der Verhinderung des weiteren Vordringens des Kommunismus. Mit keinem Wort wird die für uns Deutsche, für die Polen, die Ungarn usw. unverzichtbare Aufgabe der Loslösung von russischer Besetzung und kommunistischer Regime erwähnt. Der Gedanke, dass die Sowjets mit politischen Mitteln auch zur Zurückgabe veranlasst werden können, hat in den Köpfen der NATO-Politiker keinen Platz.

Dabei weist man sehr wohl, dass der Rückzug der russischen Truppen und demokratische Unabhängigkeit der besetzten Gebiete erstens miteinander verknüpfte Dinge sind. Vergeblich würden wir aber darauf hoffen, dass Spaak oder Dulles oder Adenauer einmal eine NATO-Konferenz einsetzen würden, um über dieses Problem zu beraten. Wenn Chruschtschow selbst die Zurücknahme der russischen Truppen ins Mutterland unter der Bedingung eines entsprechenden Rückzuges der anderen fremden Truppen in Europa anbietet, so reagiert man in der NATO mit betretenem Schweigen oder törichten Argumenten, statt in Verhandlungen die Echtheit des Angebotes zu erproben und auf Rückzüge und Sicherheitsvereinbarungen loszustuern, in denen sich die beiderseitigen militärischen Verzichte wirklich die Waage hielten und die Sicherheit des Westens deswegen nicht verringert würde.

#### Zum Dogma erstarrt

Die NATO ist immer mehr für sich selbst zum Dogma geworden. Jeder Gedanke wird ferngehalten, durch den die militärischen Pläne gezwungen werden könnten, ausserhalb und die immer mehr ausgebauten Atom- und Raketenkriegsfront mitten in Deutschland anzulegen. NATO-Politik ist zur Politik der Unbeweglichkeit geworden. Sie gibt denen, die westlich der Maginotlinie der NATO wohnen, Sicherheit gegen russisches Vordringen und denen, die unglücklicherweise östlich dieser Front wohnen, die Sicherheit, dass die Russen und die kommunistische Diktatur bleiben werden. Den Frieden sichert sie dabei für niemand. Ganz im Gegenteil. In dem Masse wie entsprechend Spaaks und Adenauers Wünschen die NATO-Staaten mit Atomwaffen und Raketen ausgerüstet werden, wächst die Gefahr des Zusammenstosses der sich Auge in Auge gegenüberstehenden Gegner.

Das weiss auch Herr Spaak, aber auch er antwortet auf einen Sputnik nur mit dem Versuch, anderthalbe darauf zu setzen.

Binnen Ausweg aus dieser Sackgasse kann es nur geben, wenn man sich bereit findet, die Konzeption der NATO selbst in Europa zu überprüfen, wenn man wie z.B. die Labour-Party und die deutschen Sozialdemokraten andere Formen der Sicherheit für Europa zur Debatte stellt. Noch sind

die NATO-Politiker dabei, ihr System bis in der letzten Konsequenz zu entwickeln. Sie alle gehen diesen Weg, obschon sie wissen, dass er nicht zur Abrüstung, nicht zur Entspannung, nicht zur Wiedervereinigung und nicht zur Befriedung der osteuropäischen Völker führen kann.

+ + +

#### Brentano auf Erkundungsfahrt

sp- Ein ganzes Wochenende wird der amerikanische Außenminister Dulles seinen bundesrepublikanischen Kollegen von Brentano über einen Meinungsaustausch zur Verfügung stehen. Vor der Blitzreise Brentanos hatte Dulles den französischen Außenminister Pineau empfangen. Beide Begegnungen, die vergangene wie auch die bevorstehende, dienten und dienen der Vorbereitung für die im Dezember in Paris stattfindende Konferenz der NATO-Staaten. Dazu gehört auch das Treffen des Bundeskanzlers am 4. Dezember mit dem britischen Premier McMillan in London. Ursache dieser beinahe schon hektisch anmutender diplomatischen Geschäftigkeit sind die Spannungen innerhalb der NATO-Staaten selbst, vor allem ausgelöst durch die britisch-amerikanischen Waffenlieferungen an Tunesien, die das französische Selbstbewusstsein recht schmerzlich berühren, und die unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie man der durch den Sputnik I und II geschaffenen Lage am wirksamsten begegnen kann.

Drei Wochen vor dem Beginn der Pariser NATO-Tagung herrscht bei den Westmächten ein ziselmliches Durcheinander. Die Unterredung Pineaus mit Dulles ist zwar in der Form nach sehr höflich, aber in der Sache, was die Frage Tunesiens anbetrifft, ergebnislos verlaufen. Freilich nimmt niemand die hier und da in der französischen Öffentlichkeit ausgesprochene Drohung ernst, als Antwort auf die Haltung Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten aus der NATO auszutreten; zu sehr ist Frankreich in Schwierigkeiten verstrickt, um sich einen solchen Austritt leisten zu können. In Frankreich würde man es allerdings recht gerne sehen, wenn der bundesrepublikanische Außenminister sich als Vermittler hier einschalten würde. Ganz abgesehen davon, dass die Bundesrepublik gar keinen Grund hat, durch eine unangebrachte Vermittlung sich die Abneigung der arabischen Welt einzubolen, dürfte auch Dulles dafür kein besonderes Verständnis haben, denn für die USA-Politik steht wohl die Rückgewinnung der arabischen Sympathien mit auf der Prioritätsliste ihrer ausserpolitischen Bemühungen.

Völlig ungeklärt ist auch die Frage, iroweit als Reaktion auf die technische Überlegenheit der Sowjet-Union auf den Gebieten der Raketenentwicklung alle NATO-Staaten oder nur einen Teil von ihnen mit Raketen und Atomgeschossen ausgestattet werden soll. Hier schwankt die amerikanische Politik zwischen Grosszügigkeit und verständlichem Zögern; die Aussicht, in Mitteleuropa, also auch auf westdeutschen Böden, ein Atomwaffen-Arsenal einzurichten, mag für viele USA-Militäre sehr verlockend sein, aber vielen Politikern, und nicht nur in den Vereinigten Staaten, flösst sie Grausen ein. Wenn man den offiziellen Versicherungen der Bundesrepublik Glauben schenken darf, dann soll sie nicht die Absicht haben, hier Initiative zu entfalten. So ergibt sich der wahrhaft paradoxe Zustand, dass sich in Washington nun zwei Männer begegnen, die voneinander wissen wollen, welche Meinungen sie haben, ohne dass die Umrisse dieser Meinungen zu erkennen sind.

+ + +

### Bilanz von Neu-Delhi

Der Kalte Krieg hat den humanitären Gedanken auch innerhalb des Roten Kreuzes angeschlagen und in eine moralische Krise gestürzt. Auf der 19. Konferenz des IKRK in Neu-Delhi ist der von Experten seit Jahren beratene "Regeln-Entwurf zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren der totalen Kriegsführung" nicht einmal zur Beschlussfassung gekommen, obwohl der Entwurf als erster und wichtigster Punkt auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt worden war. Es kam zu keiner Gesamtdebatte über die Bestimmungen. Ebenso versäumte es die Konferenz, den Appell an die Regierungen zur Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz zum Abschluss einer solchen Verbotsregelung zu richten. Dagegen wurden von verschiedenen Delegationen der 82 Teilnehmerländer Abänderungs-Anträge zum Inhalt des Entwurfs eingebracht. So ein Antrag der amerikanischen Rot-Kreuz-Gesellschaft und anderer NATO-Mitgliedstaaten, welche die Streichung des entscheidenden Artikels 14 des Entwurfs forderten.

Dieser Artikel forderte das Verbot des Gebrauchs von Kampfmitteln, "deren schädliche Wirkung - insbesondere durch Ausbreitung brandstiftender, chemischer, bakteriologischer, radioaktiver und anderer Stoffe - sich unter Gefährdung der Zivilbevölkerung in unvorhersehbarer Weise ausbreiten oder räumlich oder zeitlich der Kontrolle desjenigen entziehen könnte, der sie anwendet". Stattdessen kam es nur zur Annahme einer blossen "Resolution zu dem vorgelegten Entwurf".

Vor der Bonner Presse sprachen die Führer der Deutschen Delegation, Generalsekretär des DRK Hartmann und Gräfin von Waldersee, trotz allem von einem "sehr befriedigenden, selbsteinkünftigen und sachlich erfreulichen Ergebnis" der Konferenz. Hartmann versuchte, das magere Ergebnis der Konferenz zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit des Problems eines Atomwaffen-Verbotes im Hinblick auf die Frage der Abrüstung. Es handele sich um ein "Politikum", das die Regierungen allein zu entscheiden hätten.

Es bleibt zu fragen, warum dann das IKRK die Initiative überhaupt ergriffen und den Entwurf auf die Tagesordnung gesetzt hat? Auch in Oslo war man sich doch sicherlich über den Zusammenhang von Atom- und Abrüstungsfrage klar. Inzwischen wurde also die Beschlussfassung über den entscheidenden Versuch einer Verwirklichung der humanitären Prinzipien über den Weg einer gleichen Grundsatzresolution verhindert, mit

der die Initiative zu dem Entwurf vor Jahren beschlossen wurde!

Auch die deutsche Delegationsführung wiederholte das Argument, es habe sich um keinen "Entwurf" zu einer auf dieser Grundlage abzuschliessenden Konvention, sondern nur um das "Modell" zu einem Entwurf gehandelt. Nach dem publizistischen und wissenschaftlichen Interesse jedoch, mit dem die Welt die internationalen Beratungen der Experten in den letzten Jahren verfolgt hat, befriedigt ein derartiges Argument nicht. Schliesslich wurde ja die erarbeitete Regelung ausdrücklich als "Entwurf" für eine abzuschliessende zwischenstaatliche Vereinbarung auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar mit dem Ziele und in der Absicht, sie nach eingehender Durchberatung und Annahme durch die Versammlung als Forderung des Roten Kreuzes an die Regierung weiterzuleiten.

Was ist davon übriggeblieben? Ohne definitive Abstimmung geht das Dokument nun als blosser Anlage der "Ersatzresolution", neben dem "Protokoll der Beratungen sowie dem Wortlaut der eingebrachten Anträge und Abänderungen" (!), an die Regierungen. Und das ist nun das Ende des grossartigen Versuchs. Darüber kann auch nicht die Erklärung hinwegtäuschen, man "bleibe weiter im Spiel und in der Verantwortung". Bis zur nächsten Konferenz des IKRK werden wieder Jahre vergehen. Bis dahin kann die Welt bereits in Asche aufgelöst sein. Erklärungen über "Verantwortung und Weiter-Im-Spiel-Bleiben" klingen in dieser Frage grotesk, wenn 12 Jahre Konfrontierung mit der Barbarei nicht genügen, eine Tat, wie sie hier beispielhaft begonnen wurde, nun auch wirklich bis zu Ende durchzustehen. Wir erinnern uns, dass auf ähnliche Weise die Versuche, nach dem 1. Weltkrieg zu einer Luftkriegs-Konvention zu gelangen, gescheitert sind. Auch damals wurden die "Haager Luftkriegsregeln" von den gleichen Kräften sabotiert.

Man kann jetzt nicht den Anschein erwecken, als ob man jetzt plötzlich auf die erneute "Abänderungsbedürftigkeit" des Entwurfs bestehe, weil er angeblich noch nicht umfassend genug sei. Auf diese Weise könnte, angesichts der rasenden Entwicklung, jeder Entwurf zu Fall gebracht werden. Auch "saubere Bomben" sind Massenmordmittel. Darüber können sich also die Experten nicht getäuscht haben. Wie will man künftig auch nur zu einem Verbot der sog. "sauberen" Massenmordmittel gelangen, wenn man sich bereits um das Verbot der "unsauberen" Massenmordmittel herumdrückt?

Ausreden nach dem praktischen Scheitern der einzigartigen Initiative wirken peinlich. Was veranlasst also die deutsche Delegationsführung dazu, nach dem Versagen des Humanitätsgedankens in Neu-Delhi der deutschen Öffentlichkeit ein keep-smiling in der Atomfrage vorzutäuschen, das auf jeden orttäuschend wirken muss, der weiss, dass hier eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte des humanitären Gedankens in der Welt geschrieben wurde. Der Westen sollte seinen Widerstand gegen den Entwurf aufgeben und in weiser Einschätzung der Entwicklung selbst die Initiative ergreifen, um durch ein zwischenstaatliches Abkommen auf der Grundlage der Roten-Kreuz-Initiative zu einer alle Staaten bindenden rechtlichen Beschränkung der Gewaltanwendung auf die unmittelbar militärischen Bereiche im engeren Sinne zu gelangen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Entschliessung des Vorstandes  
der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
zur internationalen Lage

---

Der hemmungslose Rüstungswettlauf in der Welt muss zwangsläufig die Menschheit in die Katastrophe führen. Die Entwicklung der Technik verbietet heute mehr denn je, die Probleme unserer Zeit mit militärischen Mitteln zu lösen. Der einzige Ausweg aus dem Wettlauf zum Untergang ist die Abrüstung und gleichzeitig die Stärkung der Vereinten Nationen als Instrument der Bewahrung des Friedens in der Welt.

Sowohl die geplante Pariser NATO-Konferenz als auch die auf technische Erfolge gestützte Politik des Druckes der Sowjet-Union verstärken die Spannungen und erhöhen damit die Furcht der Völker vor einer Katastrophe. In dieser besonderen Lage sind die Atom-Mächte verpflichtet, unverzüglich und unmittelbar miteinander zu verhandeln, um das Wettrennen zu bremsen und die weitere Streuung des Atomwaffenbesitzes zu verhindern.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, sich der Ausdehnung des Atomwettrennens zu widersetzen und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen abzulehnen. Die Bundesregierung muss unzweideutig an der Verpflichtung festhalten, dass auf deutschem Boden Atom- und andere Massenvernichtungswaffen nicht hergestellt werden.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung alle Bemühungen fördern, durch Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes im Herzen Europas die Spannungen zu mindern, unsere Sicherheit zu vergrössern und auf diese Weise den Weg zur Lösung unserer politischen Probleme zu ebnen. Die Schaffung eines solchen atomwaffenfreien Raumes in Europa wäre ein wirksamer Beitrag der europäischen Völker zur Abrüstung und zur Vorbereitung einer vernünftigen Friedensordnung.

Bonn, den 20. November 1957